

Präsidium zum Verkauf der Neuen Heimat:

Der DGB ist eine lückenlose Aufklärung schuldig

Das Präsidium der CDU hat sich am Montag, 22. September 1986, auch mit den Vorgängen um den gewerkschaftseigenen Baukonzern „Neue Heimat“ befaßt. Das Präsidium erwartet vom Deutschen Gewerkschaftsbund und den Verantwortlichen der verschiedenen DGB-Unternehmen eine vollständige und lückenlose Aufklärung über Hintergründe, Ziele und Konditionen des Verkaufs der hochverschuldeten „Neuen Heimat“ an eine GmbH.

Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß die „Neue Heimat“ viele Jahre hindurch auf einer Vertrauensbasis arbeiten konnte, die ausschließlich darin bestand, daß der DGB als Eigentümer eine öffentlich-rechtlichen Gewährsträgern vergleichbare Position einnahm. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Führung sind diese Aufklärung der deutschen Öffentlichkeit schuldig, vor allem aber auch den hunderttausenden von Mietern. Insbesondere muß verbindlich klargestellt werden, ob und wie die Sozialbindung der mit Steuermitteln aller Bürger

Wahlkampf '87

HEUTE AKTUELL:

- **DOKUMENTATION**
Leistungsfähiger Mittelstand — Garant für eine humane Zukunft. Grüner Teil
- **CDU-EXTRA**
Die SPD ist ein außen- und sicherheitspolitisches Risiko. Blauer Teil
- **BUNDESTAG**
Auszüge aus den Reden von Norbert Blüm und Rita Süßmuth während der Haushaltsdebatte. Seite 3—8
- **ÖFFENTLICHKEITSARBEIT**
So werben Sie Mitglieder Seite 15

Gewerkschaftsansehen auf dem Tiefpunkt

Während 1951 noch 89 Prozent aller Befragten positiv über die Gewerkschaften dachten, waren dies in den vergangenen zwei Wochen nur noch 31 Prozent, und zwar auf Grund der NH-Affären, wie eine Wickert-Umfrage ergab. 88 Prozent der Befragten sprachen sich im übrigen für eine Neutralität der Gewerkschaften im Wahlkampf aus.

finanzierten „Neue-Heimat“-Wohnungen langfristig gesichert werden kann.

Die Führung des DGB und seiner Gesellschaften ist auch eine Information darüber schuldig, ob und wie die Arbeitnehmervertreter in den verschiedenen Mitbestimmungsgremien der DGB-Gesellschaften am Entscheidungsprozeß beteiligt wurden. Ferner erwartet das CDU-Präsidium eine Stellungnahme des DGB dazu, warum er entgegen allen bisherigen öffentlichen Erklärungen auf eine Sanierung des „Neue-Heimat“-Konzerns durch eigene Anstrengungen des DGB verzichtet hat. Der DGB verfügt über hin-

Zitat

„Was bisher läuft, ist gemein für die Mieter und nützlich für die DGB-Bosse — die neue Definition von Gemeinnützigkeit“.

Heiner Geißler

(im Express-Interview vom 24. 9. 1986 zum Verkauf der NH)

reichende Finanzmittel, den Konzern zu sanieren und damit die Verantwortung wahrzunehmen, die dem DGB als langjährigem Eigentümer der „Neuen Heimat“ obliegt.

Am Erfolg von Stockholm wesentlichen Anteil

Das Präsidium der CDU begrüßt den erfolgreichen Abschluß der Stockholmer „Konferenz über Vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa“ (KVAE). Die Einigung der 35 Teilnehmerstaaten auf ein gemeinsames Schlußdokument stellt einen wichtigen Baustein für weitere Fortschritte in den Ost-West-Verhandlungen dar. Vor allem die erstmalige Anerkennung des Rechts auf Inspektion ist ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung des Vertrauens zwischen allen beteiligten Staaten und der gegenseitigen Sicherheit.

Die Regierung Helmut Kohl hat an den Ergebnissen von Stockholm wesentlichen Anteil. Von Beginn an hat sie sich für das Zustandekommen der KVAE eingesetzt und durch konstruktive Vorschläge das positive Ergebnis mit ermöglicht. Die Vereinbarung von Stockholm bestätigt die Auffassung der Bundesregierung, daß wirksame Rüstungskontrollmaßnahmen und Abrüstung nur auf der Basis eines einigen Bündnisses und einer Zusammenarbeit mit den westlichen Bündnispartnern möglich ist.

Deshalb war die Politik der Regierung Helmut Kohl, die auf eine Wiederherstellung der Einigkeit des Bündnisses und gleichzeitig auf eine Intensivierung des Dialogs zwischen Ost und West gerichtet war, eine wesentliche Voraussetzung für das Verhandlungsergebnis in Stockholm.

Der Erfolg von Stockholm zeigt, daß nicht der SPD-Kurs des Antiamerikanismus, des Neutralismus und der nationalen Alleingänge erfolgreich ist, sondern daß nur ein Kurs der Festigkeit und Zuverlässigkeit nach beiden Seiten unserem Land Frieden und Freiheit bewahren und wirkliche Entspannung bringen kann.

Glaubwürdigkeit ist dahin

Pressestimmen zum NH-Verkauf

„Die Diskussion um die NH wird mit dem Verkauf nicht aufhören.“

(Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 20. 9. 1986)

„Der Skandal ist wohl noch nicht beendet.“

(Frankfurter Rundschau vom 20. 9. 1986)

„Mit dem Verkauf kann der DGB sich juristisch von der NH trennen, die politische und auch die moralische Verantwortung wird er damit nicht los.“

(Kölner Stadt-Anzeiger vom 20. 9. 1986)

„An den Brötchenbäcker als gemeinnützigen Immobiliengiganten will niemand so recht glauben.“

(Frankfurter Neue Presse vom 20. 9. 1986)

„Kalthertige Absage an die traditionelle gewerkschaftliche Selbstverpflichtung gegenüber Lohnabhängigen.“

(Lübecker Nachrichten vom 20. 9. 1986)

„Es geht weniger um verantwortungsvolle Sanierung als darum, diesen politischen Mühlstein am Hals der Gewerkschaften möglichst schnell los zu werden.“

(Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. 9. 1986)

„Die Gewerkschaften, die dieses Ding hinter dem Rücken ihrer Mieter, ihrer Betriebsräte, sogar ihres Sanierers Meier-Preschany — der ihnen den Bettel hingeschmissen hat — drehten, brauchen nie wieder von Mitbestimmung, Demokratisierung, Transparenz zu plaudern. Sie brauchen uns vor allem nie wieder zu erzählen, daß ‚Gemeinwirtschaft‘ und überhaupt sozialistische Funktionärgesinnung etwas Edleres seien als der Kapitalismus . . .

Hätte ein Großkapitalist gemacht, was die machten, die Gewerkschaften hätten uns

das als Beispiel dafür genannt, warum die Wirtschaft vergesellschaftet gehöre.“

(Die Welt vom 22. 9. 1986)

„Drittbeste Lösung . . . Die beste Lösung wäre es demgegenüber sicher gewesen, wenn die Gewerkschaften, die das Unternehmen an den Rand des Konkurses treiben ließen, selbst dafür gerade gestanden und es saniert hätten. Das verlangen sie selbst jedenfalls von jedem anderen Unternehmer in gleicher Lage.“

(Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 22. 9. 1986)

„Der DGB hat hier ein Beispiel für den Umgang mit Arbeitnehmern, Geschäftspartnern und Öffentlichkeit gesetzt, das selbst im Manchester-Kapitalismus des 19. Jahrhunderts kein Beispiel findet. Sollte er jemals im Stande der Unschuld gewesen sein, so hat er sie jetzt verloren. Moral wird er nicht mehr predigen können. Tut er es dennoch, wird er Gelächter ernten.“

(Handelsblatt vom 22. 9. 1986)

„Mieter vergessen nicht . . . Die Neue Heimat war, ist und bleibt ein Gewerkschafts-Skandal.“

(Bild vom 22. 9. 1986)

„Die Gewerkschaften gingen zum Kapitalisten. Ganz leise, sozusagen in Nacht und Nebel. Hat der DGB die Weltanschauung gewechselt?“

(Die Welt vom 22. 9. 1986)

Zitat

„Wer den Wagen gegen den Baum gefahren hat, sollte sich nicht als Fahrlehrer anbieten.“

Norbert Blüm zum Regierungsanspruch der SPD, Kölnische Rundschau vom

27. 8. 1986

Norbert Blüm: Zuversicht und Zukunft gegen Zittern und Zagen

In der Haushaltsdebatte der vergangenen Woche über Wirtschafts- und Sozialpolitik warf Arbeitsminister Norbert Blüm der SPD Miesmacherei und Konfusion vor. Die SPD klage über zu hohe Steuern, sei aber gegen Steuer-senkungen. Sie wolle mit weniger Ein-nahmen mehr Ausgaben finanzieren. Blüm räumte ein, daß es in der Wohl-standsgesellschaft der Bundesrepublik Deutschland noch Armut gebe. Der Wahlkampf dürfe aber nicht auf dem Rücken der Sozialhilfeempfänger be-trieben werden. Die Leistungen für diesen Personenkreis seien in den letz-ten Jahren angehoben worden. Unter anderem sagte Blüm:

Die Waffen der Haushaltsdebatte sind Zahlen, Prozentsätze, Statistiken. Auch ich will mich an diesem Zahlenaustausch beteiligen. Zahlen vermitteln Objektivität. Doch ihren Kolonnen fehlt die Men-schennähe.

Deshalb gilt es, Hauptnenner zu suchen. Im Wettkampf um die Zustimmung der Wähler liegen zwei Mannschaften. Ich nenne sie: „Zittern und Zagen“ gegen „Zuversicht und Zukunft“. Die Sozialde-mokratische Partei ist in Gefahr, mit einer spätbürgerlichen Bewegung des Kul-turpessimismus und der Zivilisationskritik zu „konfusionieren“. Das ist der Aus-stieg aus der Fortschrittstradition der Ar-beiterbewegung. Miesmachen macht kon-fus. Die Haushaltsdebatte liefert dafür Beispiele.

Die SPD beklagt sich über zu hohe So-zialbeiträge, wirft uns aber Sparen im So-zialbereich vor. Sie will mit weniger Ein-nahmen mehr Ausgaben finanzieren.

Ich suche schon lange eine Sparkasse, wo durch Geldentnahme das Konto wächst. Und ich suche schon lange ein Auto, das gleichzeitig vorwärts und rückwärts fährt. Mit Subventionsabbau soll Sparen im So-zialbereich überflüssig gemacht werden?

Ich bin wie die Opposition für Subven-tionsabbau, aber es gibt Subventionen, die gerade aus sozialen Gründen notwen-dig sind. Deshalb frage ich die SPD:

■ Sollen wir die Koks/Kohlen-Beihilfe abbauen? Sie kostet im nächsten Jahr 2,1 Milliarden DM.

■ Sollen wir auf die Anpassungsgelder und sozialen Hilfsmaßnahmen bei Kohle und Stahl verzichten? Sie machen im nächsten Jahr 400 Mio. DM aus.

■ Sollen wir die Kolleginnen und Kolle-gen in der Werftindustrie und in der Han-delsschiffahrt im Stich lassen? Sie erhal-ten in diesem Jahr 500 Mio. DM Subven-tionen. Im nächsten Jahr werden es eher noch mehr sein.

■ 2,2 Mrd. DM erhält im nächsten Jahr der soziale Wohnungsbau. Der Arbeits-platz von über 2 Mio. Arbeitnehmern wä-re von diesen Kürzungen betroffen.

Armut

Es gibt noch Armut in unserer Wohl-standsgesellschaft, und niemand darf ver-gessen werden. Aber was soll mit der Po-lemik eigentlich bezweckt werden, die So-zialhilfeempfänger seien CDU-Arme?

Wir haben 2,3 Mio. Sozialhilfeempfänger von der SPD übernommen. Soll ich mich auf die Polemik einlassen und mit gleicher Münze zurückzahlen? Das heißt dann: 2,3 Mio. „SPD-Arme“ gegen den Rest „CDU-Arme“. Merkt niemand, wie zynisch dieses

Spiel wäre? Wahlkampf auf dem Rücken der Sozialhilfeempfänger.

Durch den Austausch von Vorwürfen wird niemandem geholfen. Aber wir haben geholfen. 1982 wurden 16,3 Milliarden DM für Sozialhilfe ausgegeben, heute sind es 20,8 Milliarden DM.

Die Regelsätze der Sozialhilfe wurden zum 1. Juli 1985 um rund 8 Prozent erhöht.

Alleinerziehende mit einem Kind bis zu 7 Jahren und ältere Mitbürger über 60 Jahre erhalten zusätzlich zum höheren Regelsatz einen Zuschlag von 20 Prozent, das sind insgesamt rund 100 DM pro Person mehr!

Wir treiben nicht kopflos Sparpolitik.

Wir sparen Geld an der einen Stelle und setzen es dort ein, wo es notwendiger ist. Wir haben die Arbeitslosenunterstützung für Arbeitslose ohne Kinder zurückgenommen und dafür das Arbeitslosengeld für ältere Arbeitslose verlängert. Denn die Älteren sind am längsten arbeitslos. Das ist Sozialpolitik mit Herz und Verstand. Die Verlängerung hat doppelt so viel gekostet wie die Kürzung gespart hat. Also, wir machen unsere Entscheidung nicht allein vom Sparen abhängig. Es gilt: Sparen und Helfen.

Sozialabbau?

Ich habe den SPD-Parteitag in Nürnberg mit großem Interesse verfolgt. Aber als ich las, was Sozialdemokraten alles über Zertrümmerung und Demontage des Sozialstaats gesagt haben, wurde ich unsicher, wo der Parteitag stattgefunden hat.

Wir geben heute für Sozialleistungen 604 Mrd. DM aus. 1982 — unter der SPD — waren es 524 Mrd. DM. Wieso ist 604 weniger als 524? Nach meiner Rechnung sind es 80 Mrd. DM mehr.

Ich messe die Qualität des Sozialstaates zwar nicht an Geldhöhen, aber vom Abbau der Sozialleistungen zu sprechen, wenn

mehr ausgegeben wird, das ist schon ein Kunststück.

Den Rückgang der Volkswirtschaft haben die Sozialdemokraten einst als „Minuswachstum“ getarnt. In der Logik dieses Begriffes haben wir jetzt einen „Plusabbau“ im Sozialbereich.

Aber wenn Sie ein Land suchen, das Vorreiter des Sozialabbaus ist, kann ich Ihnen eines nennen: **Nordrhein-Westfalen.**

■ Die Investitionsmittel für Altenhilfe-Einrichtungen wurden mehr als halbiert (seit 1980), die Gelder für Alternenholung um $\frac{2}{3}$ gekürzt, die Finanzen für Behinderteneinrichtungen um über 50 Prozent gestutzt.

■ Über 310 Millionen Mark wurden in Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren der Jugendarbeit entzogen.

■ Innerhalb von vier Jahren wurden die Familien mit Kindern mit über 300 Millionen Mark Kindergartenbeiträgen belastet.

■ Statt die Gewinne der nordrhein-westfälischen Spielbanken — wie ursprünglich vorgesehen — an die Stiftung Wohlfahrtspflege abzuführen, wird der Großteil des Geldes vom Landeshaushalt geschluckt.

In vier Jahren gingen der sozialen Arbeit so über 110 Millionen Mark verloren, und 1986 sind es weitere 45 Millionen.

■ In diesem Jahr zahlt Nordrhein-Westfalen mindestens 1,5 Millionen Mark Ausgleichsabgabe, weil die Landesbehörden ihre gesetzliche Pflicht zur Beschäftigung von Behinderten mißachten.

Johannes Rau, der Sozialkürzungen zurücknehmen wollte, kann heute damit im eigenen Lande beginnen.

Wir haben die Sozialversicherung wieder in ruhigeres Fahrwasser gebracht. Von 1970 bis 1982 hatte sich der Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung verdreifacht. In der Krankenversicherung stie-

gen die Beitragssätze in diesen Jahren um fast die Hälfte und in der Rentenversicherung um 28 Prozent. Wir liegen dagegen heute bei der Arbeitslosen- und der Krankenversicherung ungefähr gleich hoch wie 1982, und in der Rentenversicherung ist wieder eine Beitragssatzsenkung anvisiert. Wir halten die Belastung in Schach und Proportion!

Was bringt unsere Politik den Bürgern?

■ Die Inflation ist tot. Das ist bares Geld wert. Denn ein durchschnittlicher Arbeitnehmerhaushalt hat 1986 — verglichen mit der Inflationsrate von 1982 — allein durch die gesunkene Teuerungsrate einen Stabilitätsgewinn von 2 600 DM pro Jahr.

Das ist soviel Geld, wie er durchschnittlich in 4½ Monaten für Miete ausgibt. Das ist um 30 Prozent mehr, als im Schnitt in einem Jahr für Urlaub aufgewendet wird.

Inflation ist der Taschendieb der kleinen Leute. Wir haben diesem Dieb das Handwerk gelegt.

Noch 1980 und 1981 stiegen die Preise viel schneller als die Renten. In diesem Jahr gewinnen die Rentner den Wettlauf mit der Inflation wieder.

■ 1982 sank das Realeinkommen eines Arbeitnehmers mit Durchschnittseinkommen real um 43 DM pro Monat.

1986 steigen die Reallöhne wieder. Das ist im Durchschnitt pro Arbeitnehmer Monat für Monat ein Plus von 85 DM gegenüber dem Vorjahr.

■ Unsere solide Politik hat die Zinsen gedrückt. Wer 1982 ein Eigenheim gebaut hat und 200 000 DM aufnehmen mußte, zahlte im Jahr 21 000 DM Zinsen. Wer 1986 die gleichen 200 000 DM aufnimmt, zahlt 7 400 DM weniger!

■ Wir haben die Familien entlastet. Was bringt das für den einzelnen? Nehmen

wir die Facharbeiterfamilie mit 38 000 DM Jahreseinkommen, die ein Kind bekommt. Sie wird im Jahr durch Steuerentlastung, höheren Kinderfreibetrag und Erziehungsgeld um 6 524 DM entlastet. 6 524 DM mehr in der Familienkasse — netto!

■ Wir haben die Mindestbeitragszeiten in der Rentenversicherung gesenkt. Unter der SPD sah eine Frau, die 10 Jahre lang berufstätig war und 3 Kinder erzogen hatte, keinen Pfennig Altersrente. Sie ging leer aus. 10 Jahre Beitragszahlungen waren umsonst, und die 3 Kinder wurden nicht honoriert. Jetzt sieht die Lage anders aus: Hatte diese Frau in den 10 Jahren durchschnittlich verdient, bekommt sie nun im Alter Monat für Monat 405 DM Rente — das sind im Jahr fast 5 000 DM. Im ersten Jahr der Neuregelung erhielten 450 000 Mitbürger dadurch zum ersten Mal eine Altersrente. Und über 100 000 konnten ihre Invalidentrente in eine Altersrente umwandeln. Das macht eine Rentenerhöhung von im Durchschnitt 90 DM aus.

Wir haben arbeitslose Jugendliche wieder ins Kindergeld und in die beitragsfreie Krankenversicherung geholt — die SPD hatte sie hinausgeworfen.

■ Für ältere Arbeitslose bringt die Verlängerung des Arbeitslosengeldbezuges eine spürbare Verbesserung. Wir werden den Arbeitslosengeldbezug noch einmal verlängern.

Wir haben die geringste Preissteigerungsrate seit 32 Jahren.

Die höchste Realeinkommenssteigerung seit 13 Jahren.

Den höchsten Realanstieg der Rente seit sieben Jahren.

Das geringste Zinsniveau seit acht Jahren.

Das ist das Ergebnis von Konsolidieren und Stabilisieren.

Erneuerung unserer Gesellschaft durch eine neue Familienpolitik

Über die Erneuerung unserer Gesellschaft durch eine neue Familienpolitik sprach Bundesministerin Rita Süsmuth und führte u.a. aus:

Unsere Familienpolitik ist sozial, gerecht, kinderfreundlich, partnerschaftlich und frauenfreundlich. Sie ist sozial, weil die Familien mit dem geringsten Einkommen mehr bekommen, als sie bisher gehabt haben; der Kindergeldzuschlag bis zu 46 Mark für jedes Kind bedeutet fast eine Verdoppelung des Kindergeldes, die Kindergeldkürzung für Besserverdienende bleibt bestehen, das Erziehungsgeld wird auf Sozialhilfe und das Wohngeld nicht angerechnet.

Sie ist gerecht, weil Familien mit Kindern weniger Steuern zahlen als diejenigen, die keine Kinder haben.

Sie ist kinderfreundlich, weil wir mit Anerkennung von Erziehungsjahren, Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub, Kinderfreibeträgen sowie Kindergeld für arbeitslose Jugendliche und für solche, die keinen Ausbildungsplatz haben, die größten Verbesserungen für die Familien durchgesetzt haben, die es in der Bundesrepublik Deutschland jemals gegeben hat, weil wir damit eine Wertentscheidung getroffen haben, unsere Politik von den Kindern her zu planen.

Sie ist partnerschaftlich, weil junge Eltern nun freier entscheiden können, wie sie ihre Aufgabe in Familie und Beruf untereinander aufteilen.

Sie ist frauenfreundlich, weil sie alle Frauen gleichbehandelt. Wir haben endlich den Graben zwischen Frauen, die sich den Aufgaben in der Familie widmen, und den Frauen, die außerhalb er-

werbstätig sind, zugeschüttet. Landfrauen und Frauen Selbständiger stehen heute nicht mehr abseits, sondern sind in unsere Gesetze einbezogen.

Zum erstenmal in unserer Sozialpolitik wird mit der Anrechnung der Erziehungsleistung in der Rentenversicherung die Arbeit in der Familie anerkannt. In den Familien wird heute eine Arbeit geleistet, die 68 % der Arbeit entspricht, die zur Erwirtschaftung des Bruttosozialprodukts aufgewendet wird. Diese Vergleichszahl macht deutlich, daß die gesellschaftliche Aufwertung der Familienarbeit längst überfällig ist. Diese Bundesregierung hat dazu den ersten Schritt getan.

Diese Bilanz beeindruckt noch mehr, wenn man weiß, daß die Politik der Sozialdemokraten zwischen 1969 und 1982 die finanziellen Grundlagen der Familien systematisch ausgezehrt hat: So sank der Anteil familienbezogener Leistungen am gesamten Sozialbudget des Bundes beträchtlich, die hohen Inflationsraten schmälerten das Einkommen der Familien beträchtlich; so wurden die Kinderfreibeträge 1975 gestrichen mit der Folge, daß die verfügbaren Einkommen von Eltern mit Kindern gegenüber Eltern ohne Kinder immer geringer wurden, so hat die SPD-geführte Bundesregierung 1982 das Kindergeld für den Direktor und den Arbeiter und die Witwe gleichermaßen gekürzt. Ohne Unterschiede zu machen, mutete die SPD beispielsweise Familien mit drei Kindern zu, in vier Jahren auf 2000 DM zu verzichten. Was war daran eigentlich sozial und gerecht? Mit dieser familienfeindlichen Politik haben wir Schluß gemacht, allein der Stopp der Inflation bringt den Familien Milliardenbe-

träge mehr. Stabile Preise kommen den Familien unmittelbar zugute.

Nun stellen sich die Sozialdemokraten dahin und reden davon, unsere Familienpolitik sei eine Politik für die Reichen, sie sei unsozial und belaste die Menschen, die wenig verdienen.

Ich bin erstaunt über diese Dreistigkeit. Woher nehmen Sie eigentlich diesen Mut, denn Sie tragen doch die politische Verantwortung für die über zehnjährige Vernachlässigung der Familien in unserem Land. Und Ihr Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm gibt doch beredt Auskunft über die Rolle, die Sie der Familie zubelegen. In der Filmbranche würde man sagen: eine Nebenrolle.

Der SPD geht es nicht darum, Familien in den Stand zu setzen, ihre Aufgaben zu erfüllen, sondern sie von den Aufgaben zu entlasten. Das aber heißt nichts anderes: einer Politik der Stärkung der Familie, wie sie die Bundesregierung betreibt, steht eine Politik gegenüber, die im Ergebnis zur Schwächung der Familie führen muß.

In Nürnberg haben Sie beschlossen, die von uns eingeführten Kinderfreibeträge wieder abzuschaffen und ein erhöhtes einheitliches Kindergeld zu zahlen. Sie sagen: Jedes Kind soll dem Staat gleichviel wert sein. Dies ist ein Roßtäuscherargument, denn:

1. Sie verschweigen in Ihrer Argumentation zumeist, daß derjenige, der keine Steuern zahlt, einen Kindergeldzuschlag bis zu 46 DM pro Monat erhält, und daß die von dieser Bundesregierung eingeführten Einkommensgrenzen beim Kindergeld — übrigens eine Maßnahme, zu deren Durchsetzung Sie nie die Kraft hatten — erhalten bleiben.

2. Nur konkrete Beispiele zeigen, wie Kindergeld und Steuerfreibeträge zusammenwirken. Zwei Drei-Kinder-Familien mit verschiedenen hohen Einkommen. Der

Facharbeiter mit einem Einkommen von 35 000 DM im Jahr erhält mtl. 370 DM Kindergeld, eine steuerliche Entlastung durch die Kinderfreibeträge von mtl. 137 DM, zusammen also 507 DM. Ungefähr auf den gleichen Betrag kommt der leitende Angestellte mit einem Einkommen von 90 000 DM pro Jahr. Bei ihm wirkt sich die Minderung des Kindergeldes für die Bezieher höherer Einkommen aus. Er erhält nur ein Kindergeld von 260 DM. Dazu kommt eine steuerliche Entlastung durch die Kinderfreibeträge von 263 DM. Das sind zusammen 523 DM. Daraus ergibt sich: **Eine isolierte Betrachtung nur der Kinderfreibeträge oder nur des Kindergeldes ergibt ein verzerrtes Bild.**

Die Bundesregierung begreift Familienpolitik jedoch nicht als Unterabteilung der Sozialpolitik, sondern als einen Beitrag zur sozialen und kulturellen Entwicklung unseres Landes. Wer Kinder hat, soll weniger Steuern zahlen als derjenige, der keine Kinder hat. Und das gilt sowohl für die Familie, die über ein Einkommen von 35 000 DM im Jahr verfügt wie auch für die mit einem Einkommen von 70 000 DM.

Und mit dieser Politik werten wir auch die Arbeit in der Familie auf. Es ist endlich an der Zeit, daß wir nicht weiter die Arbeit in der Familie laufend diskreditieren und so tun, als würde mit der Erziehung der Kinder nicht eine gesellschaftliche Leistung von hohem Wert erbracht.

Johannes Rau hat in seiner Regierungserklärung „mehr Gerechtigkeit für die Familien mit Kindern“ versprochen. Er erfüllte dieses Versprechen, indem er die Investitionsmittel für Kindergärten von 44 Mio. DM (1985) auf 29,5 Mio. DM (1986) kräftig drückte, die Programme zur Kinder-, Jugend- und Familienerholung seit 1980 deutlich zusammenstrich. Eine solche Politik ist bei Gott kein Beispiel für die Bundesebene.

Gute Perspektiven für ein freiheitliches Europa

„Die europapolitische Diskussion wird häufig — auch in unseren Reihen — mit einem Unterton der Resignation geführt. Können wir das Erreichte bewahren? Gibt es eine weiterführende Perspektive? Ich sage ein klares Ja.“

Mit dieser Feststellung ermutigte Bundeskanzler **Helmut Kohl** in seiner Einführungsrede über 80 Delegierte der 20 christdemokratischen und konservativen Mitgliedsparteien, die zur Parteiführerkonferenz der Europäischen Demokratischen Union in die Wiener Hofburg gekommen waren. EDU-Präsident Dr. Alois Mock, Chef der Österreichischen Volkspartei, hatte die Konferenz nach Wien eingeladen, um aktuelle Fragen der europäischen und internationalen Politik zu erörtern und glaubwürdige und wirksame Konzepte gegen sozialistische Politikvorstellungen zu debattieren. Die Konferenz stand im Schatten der Terrorakte von Paris, aufgrund derer der französische Premierminister Chirac seine Teilnahme kurzfristig absagen mußte. Auch gegen die Parteizentrale der ÖVP war ein Brandanschlag verübt worden. Die Frage der Terrorismusbekämpfung gewann dadurch bei den teilnehmenden Parteiführern und Journalisten besondere Aktualität und Aufmerksamkeit.

Bundeskanzler Kohl, der neben den Entwicklungen in Europa auch zum europäisch-amerikanischen Verhältnis und zu den Ost-West-Beziehungen Stellung nahm, unterstrich nachdrücklich die Fortschritte im europäischen Einigungsprozeß:

„Niemand wird bestreiten, daß die Gemeinschaft insgesamt wieder Tritt gefaßt hat. Mit der Unterzeichnung der einheitli-

chen europäischen Akte Anfang dieses Jahres haben wir die Schwerpunkte der künftigen Arbeit klar abgesteckt:

- die Verwirklichung des Binnenmarktes bis 1992
- die Vertiefung der europäischen Forschungs- und Technologiepolitik
- die Stärkung des Europäischen Parlaments
- die Entwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“

Diese ehrgeizigen Ziele sind nach Auffassung des Bundeskanzlers nur zu erreichen, wenn „der reale Zuwachs an europäischer politischer Einigung mit einem Mehr an europäischer Verantwortungsbeurteilung einhergeht“. Nach Kohls Auffassung kann es keine isolierte europäische Politik zwischen den Blöcken geben. „Die europäische Rolle kann nicht darin bestehen, den eigenen Wohlstand zu nähren und sich ansonsten im Schatten der beiden Weltmächte, sozusagen als Untermieter der Geschichte einzumieten.“

Die Stärkung der europäischen Rolle stellte der Bundeskanzler in den Zusammenhang des europäisch-amerikanischen Verhältnisses: „Aus meiner Sicht ist es eine vorrangige Aufgabe der nächsten Zukunft, den politischen Dialog zwischen Europäern und Amerikanern zu intensivieren.“ Voraussetzung für das Gelingen dieses Dialogs ist nach Kohls Auffassung, daß „die Europäer in den wichtigen Fragen mit einer Stimme sprechen“.

Im Ost-West-Verhältnis stellte der Bundeskanzler einen neuen Denkansatz von Generalsekretär Gorbatschow fest, der erklärt hat, daß Sicherheit mit militärischen Mitteln alleine nicht mehr gewährleistet

werden könne, sondern eine politische Aufgabe sei, die nur gemeinsam zwischen Ost und West gelöst werden könne. „Wir werden sorgfältig beobachten, ob diesen Worten auch Taten folgen“, sagte der Bundeskanzler.

Ministerpräsident Vogel, der als stellvertretender EDU-Vorsitzender ebenfalls nach Wien gekommen war, sagte dazu, Gorbatschow habe von einem gemeinsamen Haus gesprochen, in dem die Europäer wohnten. Das Bild sei gut. Es müsse jedoch noch viel geschehen, um das Haus Europa bewohnbar zu machen. In einem gemeinsamen Haus würden die Türen nicht vermauert und man schieße auch nicht aufeinander.

Abschließend verabschiedete die EDU-Parteiführerkonferenz die „Wiener Erklä-

rung“, in der die Haltung der EDU-Parteien zu den Ost-West-Beziehungen, zur KSZE, zur europäischen Integration und insbesondere zu den politischen Krisenherden in Afrika und Lateinamerika formuliert wurde. Dabei forderte die EDU die vollständige Abschaffung des Apartheidsystems in Südafrika, die Aufnahme des Dialogs mit der demokratischen Opposition in Chile, und verurteilte die schwerwiegenden Verstöße gegen die Menschenrechte durch die regierenden Sandinisten in Nicaragua. Zum Kampf gegen den Terrorismus, dem besondere Bedeutung beigemessen wurde, wurde eine Grundsatzerklärung angenommen, in der u. a. der Abschluß einer internationalen Konvention zur Terrorismusbekämpfung gefordert wird.

Blüm sprach mit dem VdK-Präsidium

Das Präsidium des Verbandes der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner Deutschlands (VdK), an seiner Spitze Präsident Karl Weishäupl, traf in Bonn mit dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Norbert Blüm, zu einem Meinungsaustausch zusammen. Die Gesprächspartner appellierten an die Arbeitgeber, mehr Schwerbehinderte zu beschäftigen. Bund, Länder und Kommunen müßten dabei eine Vorbildfunktion einnehmen.

Der VdK bewertet die Einführung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung als eine bedeutsame familienpolitische Leistung. Der VdK unterstützt die von der Koalition beschlossene Lösung, für alle älteren Mütter je Kind einen Zuschlag zu zahlen. Er lehnt den vorgesehenen Stufenplan jedoch ab und verlangt noch in dieser Legislaturperiode gesetzgeberische Schritte. Minister Blüm unterstrich den Entschluß der Koalition, zum

1. Oktober 1987 mit dem Stufenplan zu beginnen. Das werde durch die Einstellung der entsprechenden Mittel im Haushalts 1987 dokumentiert.

Bei der anstehenden Strukturreform der Rentenversicherung geht es nach Überzeugung der Gesprächspartner um die Stabilisierung und Fortentwicklung und nicht um eine prinzipielle Veränderung des bewährten Systems. Die Rente müsse lohn- und leistungsbezogen bleiben. Eine tragfähige, dauerhafte Lösung setzt nach Ansicht des VdK eine wesentliche Erhöhung des Bundeszuschusses voraus. Beide Seiten halten es für notwendig, für die langfristige Sicherung des Rentensystems einen breiten Konsens zwischen Parteien, Sozialverbänden und Sozialpartnern anzustreben. Der VdK wird sich an diesem Einigungsbemühen beteiligen.

In der beseren Unterstützung der häuslichen Pflege sehen die Gesprächspartner eine große, noch ungelöste sozialpolitische Aufgabe.

Konzept zur Einkommenssicherung der deutschen Landwirtschaft

Bundeskanzler Helmut Kohl hat am 16. September 1986 das Gespräch des Präsidiums der CDU vom 30. Juni 1986 mit dem Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes, Freiherr Heereman, und den Präsidenten der Landesbauernverbände fortgeführt. Daran nahmen außerdem teil der Ministerpräsident von Niedersachsen, Albrecht, die Bundesminister Kiechle, Wallmann und Schäuble sowie die Parlamentarischen Staatssekretäre Häfele und von Geldern.

Im Mittelpunkt des Gesprächs stand die Erarbeitung eines dringend notwendigen Konzeptes zur mittel- und längerfristigen Ausrichtung der Agrarpolitik in der EG. Zusätzlich wurden die kurzfristig erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung der Märkte und der Einkommenssituation in den bäuerlichen Familienbetrieben der Bundesrepublik Deutschland erörtert.

Bei allen Gesprächspartnern bestand Übereinstimmung, daß die Hauptursache der ungünstigen Einkommensentwicklung das zunehmende Ungleichgewicht auf den wichtigen Agrarmärkten ist. Die Lösung der weltweiten Agrarkrise wird nur mit einer unverzüglich abgestimmten und konsequenten politischen Aktion auf den Ebenen des GATT, der EG und der Bundesrepublik Deutschland zu erreichen sein. Der Deutsche Bauernverband forderte die Bundesregierung auf, die Neuausrichtung der Agrarpolitik zum Gegenstand des nächsten europäischen Gipfels zu machen.

Bundesregierung und Bauernverband haben dazu bereits in Brüssel mit großem Nachdruck Maßnahmen gefordert und

zum Teil auch in die Wege geleitet, die gezielt zu einer Marktentlastung führen. Neben einer endgültigen Absicherung der Garantiemengenregelung für Milch und der entschiedenen Zurückweisung der Kommissionsvorschläge zur Aufweichung der EG-Milchmarktordnung sind Regelungen für den Getreide- und Rindfleischmarkt dringend erforderlich.

Präsident Freiherr von Heereman verlangte die unverzügliche Aussetzung der Mitverantwortungsabgabe für Getreide und rasche Entscheidungen zur Neuausrichtung der EG-Getreidemarktpolitik, um schon für die kommende Ernte bessere Voraussetzungen in den bäuerlichen Familienbetrieben zu schaffen. Eine Politik des Preisdrucks zur Verringerung der Agrarproduktion wird abgelehnt.

In Anbetracht der Tatsache, daß die EG wichtigster Handelspartner am Weltagrarmarkt ist, muß eine Marktentlastung innerhalb der EG von entsprechenden Schritten der anderen Weltagrarhandelspartner begleitet werden. Das gilt insbesondere für eine Stabilisierung des Weltgetreidemarktes unter Einschluß der abschöpfungsfreien Futtermittelimporte der EG.

Die Neuausrichtung der Marktordnungspolitik sollte unverzüglich begonnen werden, ihre Verwirklichung wird indessen Zeit erfordern. Während des Übergangszeitraumes sind nationale Maßnahmen zur Sicherung der Einkommenslage in den landwirtschaftlichen Betrieben und zur Erhaltung einer leistungsfähigen bäuerlichen Landwirtschaft unverzichtbar. Dazu bieten die Agrarsozial- und Agrarstrukturpolitik wirksame Möglichkeiten.

Der Weg der Ausgleichszahlungen für Beeinträchtigungen durch Natur- und Umweltschutzaufgaben wird weiter verfolgt. Dazu gehört insbesondere auch der Ausgleich für angeordnete Nutzungsbeschränkungen, wie er nach der 5. Novelle zum Wasserhaushaltsgesetz vorgesehen ist. Es wird erwartet, daß auch die Bundesländer die damit gegebenen Möglichkeiten voll ausschöpfen.

Die Erhöhung der Ausgleichszulage und die Erweiterung der davon begünstigten Gebiete haben zu einer teilweisen Stabilisierung der Einkommen in den benachteiligten Gebieten und zur Erhaltung ländlicher Regionen beigetragen. Diese Politik wird fortgesetzt.

Die Bundesregierung verfolgt weiterhin das Ziel, die bäuerliche Landwirtschaft zu erhalten und zu stärken. Sie hat im Rahmen ihrer nationalen Agrarpolitik bereits seit 1983 eine Reihe von Maßnahmen zur Einkommenssicherung und sozialer Abfederung des Strukturwandels sowie zur Minderung der Belastung mit Kosten und Abgaben ergriffen. In einem Teil der bäuerlichen Landwirtschaft wurde dadurch der Einkommensdruck gemildert.

Der Bundeskanzler und der Präsident des Deutschen Bauernverbandes waren sich einig, eine gemeinsame Strategie für die zukünftige Ausrichtung der Agrarpolitik zu verfolgen. Die wichtigste Aufgabe wird dabei die Verringerung der agrarischen Überproduktion sowohl in der EG als auch international sein, mit dem Ziel, den Bauern wieder angemessene Agrarpreise zu sichern.

Der Bundeskanzler hob hervor, daß innerhalb der EG die Neuorientierung der europäischen Agrarpolitik im Zusammenhang mit der Vollendung des europäischen Binnenmarktes verwirklicht werden muß.

Zitat

Nieder mit dem Watzmann!

Bereitschaftspolizei - weg damit!
Gefängnisse für Jugendliche - vorbei.
Heimarbeit - verboten!

Satirisches Kabarett?

Nein - das Wahlprogramm der Grünen.

Für eine neue, für eine grüne Gesellschaft.

Und Otto Schily soll ihr Kanzler werden.

So grün kann selbst der nicht sein,
daß er diese rosaroten Parolen ernst nimmt.

Wenn doch, dann schlagen wir ihm einen weiteren Wahlprogramm-punkt vor: Nieder mit dem Watzmann, freier Blick aufs Mittelmeer.

(Bild, 24. 9.1986)

Erfolgreich verhandelt um Cattenom

Das Land Rheinland-Pfalz hat nach Angaben seines Umweltministers Klaus Töpfer Verhandlungserfolge mit dem Betreiber des französischen Kernkraftwerks Cattenom erreicht. Töpfer erklärte am 23. September im Deutschlandfunk, unter der Federführung von Bundesumweltminister Walter Wallmann (CDU) sei erreicht worden, daß die Radioaktivität der Ableitungen in die Mosel pro Block und Jahr von 15 auf drei Curie reduziert würden. Außerdem sei eine direkte Unter-richtung der Regierung in Mainz über Störfälle im Gespräch. Damit seien durch Kooperation Dinge erreicht worden, um die andere klagten. Diesen Weg der Kooperation mit Frankreich wolle Rheinland-Pfalz weiter beschreiten, erklärte Töpfer.

„Volksfrontbündnisse“ an den deutschen Universitäten

Scharfe Kritik an der Bündnispolitik der Jungsozialisten an den Hochschulen in der Bundesrepublik haben die CDU und der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) geübt. Durch die Zusammenarbeit junger SPD-Funktionäre mit Kommunisten oder Grünen sei die Mehrzahl der Universitäten jetzt in „linker Hand“.

Wie Generalsekretär **Heiner Geißler** vor der Presse in Bonn mitteilte, koalieren die Jungsozialisten an 28 wissenschaftlichen Hochschulen in der Bundesrepublik mit Kommunisten oder Grünen. An neun dieser Hochschulen koalieren die Jungsozialisten mit Kommunisten und Grünen. Zu diesen „linken Zentren“ gehören die Universitäten in der Bundeshauptstadt, in Münster und Göttingen.

RCDS-Vorsitzender **Christoph Brand** bedauerte es, daß die politischen Vorgänge in den Universitäten in ihrer Wirkung oft unterschätzt würden. Die Öffentlichkeit nehme sie nicht hinreichend zur Kenntnis. Brand legte die RCDS-Untersuchung „Mit Kommunisten und Grünen in die neunziger Jahre?“ vor, die auf das linksradikale Bündnisgeflecht an bundesdeutschen Universitäten aufmerksam machen soll. **Die Broschüre ist beim RCDS in Bonn (Siegburger Str. 49) erhältlich.**

Heiner Geißler stellte u. a. fest: Die Führung der Sozialdemokraten und der Jungsozialisten, die in der SPD eine Arbeitsgemeinschaft bilden und alle SPD-Mitglieder sind, haben den Abgrenzungsbeschluß von den Kommunisten in der Praxis längst über Bord geworfen. Die Führung der SPD hat die innere Kraft verloren, die Zusammenarbeit zwischen So-

zialdemokraten und Kommunisten auf der Ebene der Hochschulen abzustellen. Heute besteht die Gefahr, daß die SPD sich zunehmend kommunistischen Einflüssen öffnet, daß sie marxistische Begriffe (z.B. Stamokap) und kommunistische Ziele übernimmt. In ihrem Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm kehrt die SPD zu marxistischen und sozialistischen Denkschablonen des 19. Jahrhunderts zurück. Auf ihrem Nürnberger Parteitag hat die SPD einen klaren inhaltlichen und personellen Linksruck vollzogen. Von ihrem bisherigen Anspruch, Volkspartei zu sein, hat sie Abschied genommen und ist zu einer links-opportunistischen Stimmungs-Partei geworden, die mit den alten sozialistischen Rezepten arbeitet: Angstmachen, Miesmachen, Neid schüren.

Der Linksschwenk der SPD wird von SED und DKP honoriert. Die SED hat die SPD von einer „anti-kommunistischen“ zu einer „nicht-kommunistischen“ Partei befördert. Diese neue Sprachregelung bedeutet eine erhebliche Aufwertung der SPD aus kommunistischer Sicht.

Der DKP-Vorsitzende Mies lobt heute den großen Vorrat an „Gemeinsamkeiten“ zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten und hat den Kommunisten empfohlen, ihre Zweitstimme der SPD oder den Grünen zu geben. Wegen der „positiven Veränderung“ in der Politik dieser Parteien und einer „Fülle von Gemeinsamkeiten“ hält die DKP beide Parteien „gegenwärtig für wählbar“. Die Annäherung der Kommunisten an die Sozialdemokraten ist ein Ergebnis der Nebenaußenpolitik der SPD mit den kommunistischen Parteien des Ostblocks, der

Übernahme sowjetischer Forderungen in den Abrüstungsverhandlungen und der antiamerikanischen Haltung führender SPD-Funktionäre. In dieses Bild paßt es, daß Willy Brandt ausgerechnet die Prawda zur Tribüne einer Kritik an der Ostpolitik der Bundesregierung macht.

An den Hochschulen werden die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Führungskräfte und die für die politische Kultur eines Landes wichtigen Multiplikatoren wie Pädagogen und Journalisten ausgebildet. Für sie ist die Studienzeit eine wichtige Phase politischer Sozialisation, in der sich politische Orientierungen bilden und vorhandene Bindungen verfestigen. An der Mehrzahl der deutschen Hochschulen bestehen heute Bündnisse zwischen Jusos, Kommunisten und Grün-Alternativen. Diesem Bündnis ist es schon vielfach gelungen, ein Klima zu schaffen, in dem es für demokratische Politiker beinahe unmöglich ist, an Hochschulen aufzutreten und zu diskutieren. Durch Meinungsdruck, teilweise durch offenen Psychoterror, wird eine Atmosphäre der Intoleranz geschaffen, die politisch Andersdenkende in ihrer Meinungsfreiheit beeinträchtigt.

Die Jungsozialisten verhindern durch ihre Bündnispolitik das Zustandekommen von Studentenvertretungen mit demokratischen Mehrheiten an den Universitäten. Statt dessen werben sie politisch radikale Gruppen auf und geraten inhaltlich immer mehr ins Schlepptau der Kommunisten und Grün-Alternativen.

Die Juso-Hochschulgruppen übernehmen dabei eine Scharnierfunktion zwischen orthodoxen Kommunisten und Grün-Alternativen. Die Juso-Hochschulgruppen stellen in vielen Fällen das alleinige Bindeglied zwischen orthodoxen Kommunisten und Grünen dar.

Zahl der Geburten steigt wieder deutlich

Die Zahl der Geburten steigt wieder deutlich. Mit 48 821 Lebendgeborenen gab es im ersten Halbjahr 1986 in Baden-Württemberg gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum eine Zunahme um 6,9 Prozent. Diese Zahlen gab das Statistische Landesamt in Stuttgart bekannt. Der Anstieg der Geburtenzahlen gehe vorrangig auf die deutsche Bevölkerung mit 7,1 Prozent mehr Geburten zurück. Auch bei den Ausländern sei aber nach Jahren stark rückläufiger Geburtenzahlen wieder eine Zunahme um fünf Prozent festzustellen.

Mehr ausbilden

In zunehmendem Maße beklagen die Unternehmen in der Bundesrepublik einen Facharbeitermangel. Diese Betriebe suchen in der Regel Spezialisten, die sie trotz der hohen Arbeitslosenzahl auf dem Arbeitsmarkt derzeit nicht finden. Doch lamentieren nützt nichts. Wer heute über Facharbeitermangel klagt, hat gestern nicht ausgebildet oder seine Mitarbeiter nicht ausreichend weitergebildet. Die betroffenen Betriebe müssen selbst initiativ werden, stellte der Abgeordnete **Alfons Müller** (Wesseling) fest.

Über die Hälfte (1,3 Mio.) Arbeitslose sind an- oder ungelernete Kräfte. Vor allem sie sollten von den Betrieben zu Facharbeitern weitergebildet werden.

Mehrheit für Kernenergie

Die Mehrheit der Deutschen ist nach wie vor für die friedliche Nutzung der Kernenergie. 57 Prozent befürworten den weiteren Betrieb bestehender Kernkraftwerke oder sogar einen zusätzlichen Ausbau. Nur 32 Prozent wollen eine Stilllegung. Zu diesem Ergebnis kommt eine Meinungsumfrage, die jetzt vom Deutschen Atomforum in Bonn vorgestellt wurde.



Für Deutschland **WIR IN DER CDU**

So werben Sie Mitglieder für die CDU

Gerade die Zeit des beginnenden Wahlkampfes eignet sich in besonderem Maße zur verstärkten Mitgliederwerbung. In den Diskussionen vor Ort zeigt sich großes Interesse an der CDU, das sich oftmals in spontanen Beitrittserklärungen ausdrückt. Auch in der Bundesgeschäftsstelle melden sich zur Zeit viele Interessenten, die Mitglieder werden wollen. Wir verweisen nochmals auf unsere Materialien zur Mitgliederwerbung:

Mitgliederwerbeprospekt: „10 Fragen, die Sie sich beantworten sollten“

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 26,60 DM
Bestell-Nr.: 6684

Prospekt: „So werben Sie Mitglieder für die CDU“

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 14,50 DM
Bestell-Nr.: 6685

Leitfaden: „Mitgliederwerbung leicht gemacht“

Mindestabnahme: 10 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 6,75 DM
Bestell-Nr.: 6704

Willkommenscheckhefte

Mindestabnahme: 25 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 9,25 DM
Bestell-Nr.: 0316

Beitrittserklärung ohne Staffel

Mindestabnahme: 150 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 0,00 DM
Bestell-Nr.: 6717

Beitrittserklärung mit Staffel

Mindestabnahme: 150 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 0,00 DM
Bestell-Nr.: 6718

Bei weiteren Fragen wenden Sie sich bitte an das Konrad-Adenauer-Haus in Bonn, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit,
Telefon (02 28) 54 43 71

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1

Angriffsposter

Ein Bild sagt oft mehr als tausend Worte. Bestens geeignet für den bildhaften Angriff auf die SPD sind unsere neuen Poster, vorgestellt in UiD 24/86. Mal humorvoll, mal bissig, mal hintergründig, mal plakativ, für jeden Geschmack und zu unterschiedlichen Themenbereichen haben wir eine Serie von sechs Postern (Format DIN A1) konzipiert. Was Sie bestellen, werden wir produzieren.

Mindestabnahme: 25 Stück
Preis pro Mindestabnahme: 12,50 DM
Bestell-Nr.: 7873

Die sechs Angriffs-Poster können Sie auch als Set bestellen. Sie bekommen dann mit jedem Poster 1 Exemplar gerollt geliefert.

Für Poster-Set:
Mindestabnahme: 1 Set
Preis pro Set: 5,— DM inkl. MwSt.
Bestell-Nr.: 7887

Alle Bestellungen an: IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold

Nieder mit dem Aufschwung.



Bestell-Nr.: 7873

UiD

28/86

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lütjhe. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.